

europaROT

DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 8 · März 2012



Tritt ein, bring Geld herein!

Die EU – »Geeint in Vielfalt« oder soziale Auslese?

Liebe Leserinnen und Leser,
»Herzlich willkommen!« Es gibt keinen schöneren Gruß, um sich wohlfühlen, sei es bei Freunden, zu Hause oder im Ausland. Die EU gewährt jedoch längst nicht allen einen herzlichen Empfang. Seit Jahren rüstet sie an ihren Außengrenzen mächtig auf, um Flüchtlingen den Weg nach Europa zu versperren.

➤ **Schon seit Jahren rüstet die Europäische Union an ihren Außengrenzen auf.**

Wem die oft lebensgefährliche Odyssee dennoch gelingt, wird in Auffanglagern unter menschenunwürdigen Bedingungen zusammengepfercht und schnellstmöglich abgeschoben. Gastfreundschaft à la EU.

Dabei hat sich die Europäische Union das Motto »Geeint in Vielfalt« auf die Fahnen geschrieben. Geeint? In Vielfalt? Die Europaabgeordneten der LINKEN haben sich den Slogan in der vorliegenden Ausgabe der europaROT genauer angesehen und meinen: Wirtschaftlicher Nutzen hat in der EU in ihrer jetzigen Form Vorrang vor kultureller Vielfalt, Solidarität, Toleranz und Einigkeit. In ihrem Artikel beschreibt Cornelia Ernst, wie von vielen Politikern immer wieder der Notfall ausgerufen wird, um die Verbarrikadierung an den Außengrenzen der EU zu rechtfertigen. Ob es sich dabei überhaupt um einen Notfall handelt, bleibt offen. Dass die EU keine Zeit verliert, um aus der veränderten politischen Situation in Nordafrika – wortwört-

lich – Kapital zu schlagen, zeigt Sabine Lösing in ihrem Beitrag auf. Gute Nachbarschaftspolitik sieht anders aus. Sprachliche, religiöse oder kulturelle Minderheiten sind nicht überall willkommen, sondern von jeher Ziel-scheibe von Ausgrenzung und Fremdenhass. Ein Beispiel hierfür sind die Kurden. Ihnen widmet Jürgen Klute seinen Beitrag. Rassistische Töne sind auch im EU-Parlament zu vernehmen. Dort gibt es eine nicht zu unterschätzende Anzahl nationalistischer und rechtsextremer Abgeordneter, die mit populistischen Parolen vor einer »Verwässerung« der Völker Europas warnen. Gabi Zimmer nennt hierfür Beispiele. Sicherlich haben Sie davon gehört, dass die Demokratie in Ungarn auf der Kippe steht. Helmut Scholz er-

klärt die aktuelle Situation im Land und die Reaktionen der EU-Kommission. Während die Industriestaaten Hauptverursacher des Klimawandels sind, leiden weltweit besonders die Armen unter dessen Folgen. Sabine Wils erklärt, wieso immer mehr von ihnen deshalb auf der Flucht sind. Migration findet selten freiwillig statt. Das zeigt auch Thomas Händels Artikel über Arbeitsmigration inner- und außerhalb der EU. Fragen Sie sich jetzt, wie es angesichts all dessen weitergehen kann mit dem europäischen Gedanken von Frieden und Solidarität? Lothar Bisky geht in seinem Beitrag genau dieser Frage nach. Wir bedanken uns für Ihr Interesse und freuen uns über Ihre Rückmeldung!



IRINnews/Kate Thomas

Seit Beginn der Revolte in Tunesien sind Tausende Flüchtlinge ertrunken.

Die Ironie der Notfälle

Die EU und die Mitgliedsstaaten erfinden gerne und leichtfertig »Notfälle«, um die Abschottung ihrer Grenzen zu rechtfertigen.

CORNELIA ERNST UND LORENZ KRÄMER

Notfälle sind außergewöhnliche Situationen, in denen dringend Hilfe benötigt wird. Doch nicht jeder Notfall ist wirklich ein Notfall. Oftmals greifen einige Politiker vorschnell auf diesen Begriff zurück. Die wahren Notsituationen bleiben dann im Verborgenen. Nachdem im Januar die Tunesier Ben Ali gestürzt hatten und sich später der bewaffnete Aufstand in Libyen formierte, kamen urplötzlich wieder die Menschen mit kleinen Booten über das Mittelmeer nach Europa, vorzugsweise nach Italien und Malta. Da war er wieder, der Notfall.

In Europas Hauptstädten glaubte man schon 2008, das »Flüchtlingsproblem« sei gelöst.

Tatsächlich wurde in den Hauptstädten Europas geglaubt, das »Flüchtlingsproblem« bereits 2008 wenn schon nicht gelöst, dann doch entscheidend zurückgedrängt zu haben.

Ein Teil der Lorbeeren ging dafür an die europäische Grenzschutzagentur Frontex, die seit 2006 bei der Abwehr der Flüchtlinge im Mittelmeerraum mithalf. Den größeren Effekt auf die Fluchtrouten nach Europa hatten jedoch Abkommen wie das sogenannte italienisch-libysche Freundschaftsabkommen, mit dem die Staaten Nordafrikas fortan bereits die Abreise nach Europa verhindern sollten. Mit dem Zusammenbruch der Regimes in Tunesien und Libyen wurden solche Abkommen aber praktisch obsolet. Und da kamen sie nun wieder, die Flüchtlinge aus Afrika.

Die italienische Regierung, zu jenem Zeitpunkt noch unter Berlusconi, weigerte sich zunächst, auf die Flüchtlinge überhaupt zu reagieren. Noch nicht einmal das seit 2009 geschlossene Auffanglager auf Lampedusa wurde wiedereröffnet. So blieben die ersten Tunesier im März und April mittel- und obdachlos auf der winzigen Insel sitzen, bis es zu Spannungen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen kam und die Lage zu eskalieren drohte. Als wir im Mai 2011 die Auffanglager auf der Insel

besuchten, trafen wir Menschen von überall her, Männer und Frauen, alte und junge. Der rechtsextreme Innenminister Maroni und Berlusconi schrien: »Notfall!«

Der Notfall war wohlgerne nicht die prekäre Lage auf Lampedusa, sondern die durch Ignoranz erzeugte Überforderung der italienischen Behörden. Sie forderten einen Frontex-Einsatz und bekamen ihn schlussendlich auch. Frontex sollte bereits auf hoher See die Boote abhalten. Es muss dazu gesagt werden, dass das Mandat eines solchen Einsatzes unmöglich pauschal auf Abwehr der Boote lauten kann. Legal ist nur, wenn Frontex die Menschen erst einmal an Land bringt.

Noch bevor im Mai 2011 Italien mit der tunesischen Übergangsregierung ein geheimes Rücknahmevereinbarung abschließen konnte, musste eine Lösung für die bis zehntausend Tunesier bereits in Italien gefunden werden. So stellten ihnen die italienischen Behörden kurzerhand befristete Aufenthaltstitel aus, in der Hoffnung, die Menschen würden einfach irgendwo in Europa verschwinden. Die Rechnung wurde allerdings ohne die Rechtsregierung Sarkozys gemacht, die kurzerhand wieder Grenzkontrollen an der Grenze zu Italien durchführte. Tunesier sollten wieder zurück nach Italien

geschickt werden. Dieser Eklat hatte eine gesamteuropäische Debatte um die Zukunft des Schengenraumes zur Folge. Diskutiert wurde die kurzfristige Wiedereinführung von Grenzkontrollen als »Notfallmaßnahme« für den »Notfall«, dass ein Mitgliedsstaat seine Grenze nicht hermetisch abriegeln könnte. Die dafür zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström legte kurz darauf einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vor, der tatsächlich einen solchen Notfallmechanismus vorsieht. Das ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was die Innenminister der Mitgliedsstaaten oder viele Mitglieder des Europaparlaments wollten, entsprechend haben die Beratungen über den Vorschlag im Europaparlament kaum begonnen.

Angesichts der Lage auf Lampedusa und der Aussicht, dass die Fluchtbewegungen nach Europa nicht abrisen, forderte DIE LINKE im Europaparlament die Anwendung der Notfall-Richtlinie für temporären Schutz. Diese wurde im Nachgang des Kosovokriegs geschaffen und regelt für den Fall eines »massenhaften Zustroms« von Flüchtlingen, wie diese auf die Mitgliedsstaaten verteilt werden können. Dazu bedarf es lediglich eines Beschlusses des Ministerrats. Die Richtlinie ist bis heute kein einziges Mal angewendet worden.

Impressum: Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament · Rue Wiertz 43, ASP 6F 353, B-1047 Brüssel, Belgien · www.dielinke-europa.eu · V.i.S.d.P. Gabi Zimmer, Thomas Händel
Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin · Titelbild: Photocase.de/zettberlin
Auflage: 90.000

Als der italienischen Regierung klar wurde, dass von den anderen EU-Mitgliedsstaaten kaum Hilfe beim Abweisen der Flüchtlinge zu erwarten war, hat sie den »Notfall Lampedusa« damit »gelöst«, dass die Insel zum »unsicheren Hafen« erklärt wurde. Fortan durften keine aus See- not geretteten Boote auf die Insel gebracht werden. Wenn ein Fischer somit vor der Küste Lampedusas auf ein manövrierunfähiges Flüchtlingsboot trifft, könnte er es fortan nicht mehr in den Inselhafen schleppen. Stattdessen müsste er die knapp 100 km nach Sizilien weiterfahren. Man muss dazu wissen, dass im Mittelmeer seit Beginn der Revolte in Tunesien selbst nach konservativen Schätzungen mindestens 2.000 Menschen bei der Überfahrt ertrunken sind.

Lampedusa ist aber bei Weitem nicht der einzige Brennpunkt in Europa. Weiterhin überqueren viele Menschen die türkisch-griechische Grenze. Die Landgrenze zwischen der Türkei und Griechenland bildet bis auf ein relativ kurzes Stück der Fluss Evros, in dem ebenfalls viele

schen Boden betreten. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg verurteilte deswegen im Januar 2011 Griechenland wegen seines Umgangs mit den Asyltragstellern und Belgien wegen der Abschiebungen dorthin. Um einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zuvorzukommen, stoppte die Bundesrepublik daraufhin alle Abschiebungen nach Griechenland. Im Dezember 2011 urteilte dann der Europäische Gerichtshof in Luxemburg, dass Asylbewerber nicht in einen anderen Mitgliedsstaat abgeschoben werden dürfen, wenn ihnen dort menschenunwürdige Zustände drohen. Es ist allseits anerkannt, dass das Dublin-System die Zuständigkeit für Asylbewerber völlig einseitig regelt. Für Fälle wie das griechische Asylsystem bräuchte Europa dringend eine verbindliche Regelung. Diese Regelung wird seit mehreren Jahren als »Notfallregelung« in Europaparlament und Rat diskutiert, scheitert bisher aber am Widerstand der Innenminister im Rat. Der Notfall, der hier gemeint ist, ist, dass das Asylsystem eines Mitgliedsstaates nicht mehr funktioniert und man Menschen daher nicht dorthin abschieben kann.

Ein letzter Notfall: Seit den Visal erleichterungen für die Westbalkanstaaten im Jahr 2010 kam es zunächst zu einem Anstieg der Asylbewerber aus diesen Ländern, vornehmlich aus Serbien. Die betroffenen Menschen sind vor allem Roma, die dort zwar nicht politisch verfolgt werden, aber fraglos als Ärmste der Armen unter vielfältigen Diskriminierungen zu leiden haben. Prompt ging das Wort um von einem Missbrauch der Visafreiheit. Die Diskussion mündete schließlich wieder in einen europäischen Gesetzesvorschlag: Geplant sind Änderungen am europäischen Visakodex. Vorgesehen ist die Einführung eines »Schutzmechanismus«, der die Visafreiheit für bestimmte Staatsbürger wieder einschränken soll, wenn Grenzwerte an gestellten Asylanträgen überschritten werden. Notfall gefällig?

Griechische Flüchtlingslager sollte man eher Gefängnisse nennen.

Menschen im Jahr ertrinken. Dort, wo man trockenen Fußes nach Griechenland gelangen könnte, beginnt derzeit der Bau eines tiefen Grabens, um die unkontrollierten Grenzübertreite zu unterbinden. Die Situation in griechischen Flüchtlingslagern, die man eher Gefängnisse nennen sollte, ist desolat und die Behandlung der Menschen noch schlechter als in Italien. Dennoch finden viele Abschiebungen aus EU-Staaten gemäß dem Dublin-System nach Griechenland statt. Nach dem Dublin-System werden Asylsuchende in den Staat abgeschoben, in dem sie zuerst europäi-

EU-Migrationspolitik – unsere Forderungen!

1. Die Einrichtung eines Netzes von offenen Empfangszentren für Flüchtlinge entlang der Außengrenzen der EU, damit skandalöse Zustände wie zum Beispiel in Griechenland verhindert werden.
2. Bewegungs- und Reisefreiheit für Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge in der ganzen EU.
3. Die Abschaffung des bisherigen Dublin-Systems. Stattdessen wird ein System benötigt, das Asylbewerber in der EU entsprechend den Wünschen der betroffenen und der Situation in den einzelnen Mitgliedsstaaten verteilt.
4. Eine Asylpolitik, die den Namen auch verdient hat, muss die Menschenrechte und die Bedürfnisse schutzbedürftiger Menschen in den Vordergrund stellen.

WISSEN, WAS IN EUROPA LÄUFT:



JETZT BESTELLEN

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen.

Erschienenene Infomagazine zu folgenden Themen:

- Klimaschutz in der EU
- Kampf gegen Armut, jetzt!
- EU-2020 – Top oder Flop
- Freiheit statt Sicherheitswahn
- Solidarität in Europa und in der Welt
- Sparen, sparen, sparen, bis nichts mehr übrig bleibt
- Vom Hunger der Welt

Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen?
 Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 B 072, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: dielinke.presse@europarl.europa.eu

www.dielinke-europa.eu

Volk oder nicht Volk?

Die politische Rechte hetzt im EU-Parlament gegen Zuwanderung.

VON GABI ZIMMER UND THILO JANSSEN

Die fraktionslose Rechte, Europa der Freiheit und Demokratie (EFD) sowie die Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR, nach der englischen Bezeichnung European Conservatives and Reformists) betrachten sich selbst als rechte Opposition im EU-Parlament. Ihr ideologischer Kern ist der Bezug auf das nationale »Volk«, ethnisch, historisch oder kulturell definiert. Wie sehen ihre Positionen zu Zuwanderung aus?

Andreas Mölzer von der rechtsextremen FPÖ meint beispielsweise: »Im Mittelpunkt müssen immer noch die legitimen Interessen der historisch gewachsenen Völker Europas stehen. Um sie vor einer ungezügelter Massenzuwanderung aus der Dritten Welt zu schützen, braucht Europa endlich eine familien- und geburtenfördernde Politik. Und ebenso braucht Europa eine konsequente Rückführungspolitik für die Abertausenden von illegalen Zuwanderern, die sich in der EU aufhalten.« Nick Griffin von der British National Party, die bis 2010 nur Weißen die Parteimitgliedschaft erlaubte, ist davon überzeugt, dass die EU-Kommission den »Multikulturalismus als ein Mit-

tel begreift, um das Regieren in Europa zu vereinfachen, da er mit einer Verwässerung der Kultur, des Erbes und der Identität der einheimischen Völker jeder einzelnen europäischen Nation verbunden ist«.

Jetzt könnte eingewendet werden, so paranoid argumentieren nur die fraktionslosen Rechten. Die will ja ohnehin keiner in der Fraktion haben! Sieht es denn in der Fraktion EFD, die als ganz normale Fraktion am parlamentarischen Geschehen teilnimmt und in vielen gemeinsamen Entschließungsanträgen der demokratischen Fraktionen eingebunden ist, anders aus? Fiorello Provera von der italienischen Lega Nord klagte, er

» Wollen wir die Grenzen wieder schließen und die EU auch nach außen abschotten?«

sei »es leid, illegale tunesische Einwanderer zu sehen, die streiken, weil ihnen kein Geld für Zigaretten gegeben wird, die sich weigern, Nahrungsmittel mit Thunfisch zu essen, weil diese nach Fisch riechen, und wenn



VATERLAND STATT EU. RECHTE WOLLEN VÖLKERZOO ERHALTEN.

sie dann erst einmal in Italien sind, Wohnraum und Arbeit (gratis versteht sich) verlangen ...«. Und Gerard Batten von der United Kingdom Independence Party ist davon überzeugt, eine »direkte Folge der Richtlinie 2004/38/EC über die Freizügigkeit« sei es, dass es »keinen Schutz für uns vor den sozial unerwünschten und kriminellen Elementen« der »nicht eingeladenen Roma« gebe. Die EU sei eben ein »Völkerkerker«, so sein Parteikollege Nigel Farage. Bleibt noch die national-neoliberale Fraktion ECR, das sind unter an-

derem die britischen Conservatives, die tschechische ODS und die polnische PiS. In ihrer Gründungserklärung von 2009 heißt es, man wolle eine »[e]ffectively controlled immigration and an end to abuse of asylum procedures« durchsetzen.

Wenn es nach ECR, EFD und fraktionslosen Rechten geht, würden nicht nur weiterhin die EU-Außengrenzen tausendfach tödlich abgeschottet, sondern auch innerhalb der EU die Grenzen wieder zugemacht werden. Wollen wir das?

Revolutionsbedingte Generalüberholung

Zur Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik.

VON SABINE LÖSING

Die revolutionären Umbrüche im arabischen Raum wurden anfangs vorrangig als Bedrohung wahrgenommen, schnell wurde jedoch überlegt, wie aus der veränderten Situation – wortwörtlich – Kapital geschlagen werden könnte: Lag das unmittelbare Interesse der EU in der Region in einer aggressiven Abschottungspolitik und der Sicherstellung von Rohstoffquellen, so will man nun verstärkt die Handels- und Investitionsbeziehungen vorantreiben. Aus Sicht der EU-Eliten stellt die kontinuierliche Erweiterung der eigenen Einflussosphäre eine notwendige Bedingung dar, um im Ringen der Großmächte bestehen zu können. Nach den zwei großen Erweiterungen

(2004, 2007) beschloss man eine »Expansion ohne Erweiterung« – die Europäische Nachbarschaftspolitik (kurz: ENP). Vorrangiges Ziel der ENP ist die Schaffung einer »Großeuropäischen Wirtschaftszone«, indem die



ARABISCHER FRÜHLING: LUKRATIVE REVOLUTION?

angrenzenden Länder zum Abbau von Handelshemmnissen und zur Übernahme des EU-Rechtsbestands »ermutigt« werden. Besonders zu kritisieren ist, dass zum Teil menschenverachtende Rückführungsabkommen von Flüchtlingen festgeschrieben werden. Die Mitspracherechte der Anrainerstaaten sind, vorsichtig formuliert, begrenzt. Der imperiale Charakter der ENP ist nicht zu übersehen. Nur wenige Wochen (!) nach Ausbruch der Proteste kam es zur revolutionsbedingten Generalüberholung der ENP. Sicherheitspolitischen Fragen, insbesondere der Migrationsab-

wehr, komme zwar weiter eine hohe Bedeutung zu, die wirtschaftliche Zusammenarbeit müsse aber nun gezielter vorangetrieben werden, so der Tenor. Auch wenn der Fokus auf wirtschaftlicher »Zusammenarbeit« liegt, die Abschottung Europas mit Rückführungsabkommen von Migranten wird weiter vorangetrieben. Anstatt aber einseitig den südlichen Anrainern Zugang zum Binnenmarkt zu gewähren und so ihre wirtschaftlichen Perspektiven zu verbessern, versucht die EU mit einer Art Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik die aus ihrer Sicht wünschenswerten Ergebnisse zu erzielen. So wurde der »leistungsbezogene Ansatz« eingeführt: Gelder sollen künftig deutlich stärker nach dem Prinzip von Belohnung (mehr Geld) und Bestrafung (u. a. Sanktionen) vergeben werden. Ich möchte mich ausdrücklich gegen diese Form der ENP aussprechen: von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Mobilität reden, in imperialer Art und Weise Neoliberalismus diktieren und eine menschenwürdige Abschottungspolitik betreiben – das ist beschämend.

Ungarn: ein bröckeliges Fundament

Der »Fall Ungarn« und die Antikrisenstrategien zeigen, dass Europa Veränderungen braucht – in den vertraglichen Grundlagen wie in der praktischen Politik.

VON HELMUT SCHOLZ

Es hat lange gedauert, bis die Europäische Kommission reagiert hat. Mitte Januar leitete »Brüssel« drei sogenannte beschleunigte Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn ein. Budapest hatte nach Ansicht der Kommissarinnen und Kommissare den Bogen überspannt: Durch den Einfluss der Orbán-Regierung auf die Zins- und Personalpolitik sei die Unabhängigkeit der ungarischen Zentralbank gefährdet, mit neuen Pensionsregelungen für Richter werde in die Justiz eingegriffen und der Datenschutz massiv verletzt.

Budapest hat nach Ansicht der EU-Kommission den Bogen überspannt.

Auf den ersten Blick mag das Vorgehen der Kommission gut aussehen. Tatsächlich jedoch ist es ein Armutszeugnis. Denn erst als es um währungspolitische und finanzielle

Aspekte des antidemokratischen Kurses der konservativen ungarischen Regierung ging – also letztlich ums Geld – wurde gehandelt. Das spiegelt die gegenwärtige Verfasstheit der EU wider: Was eigentlich nur eine Dimension im Handlungsraum ist, wird zum alleinigen Handlungsraum erklärt.

Dagegen haben es die EU-Mitgliedsstaaten und die Kommission bei mahnenden Worten belassen, als Viktor Orbán mit dem neuen Mediengesetz die Presse- und Meinungsfreiheit drastisch einschränkte. Sie haben nicht interveniert, als Sozialrechte beschnitten und die Arbeitsgesetzgebung gerade gegen die am schlechtesten gestellten Menschen verschärft wurde und beispielsweise Obdachlose zum Freiwild für die Polizei erklärt wurden. Sie haben zu meist weggeblickt und geschwiegen, als sich die rechtsextreme Gewalt im Land ausbreitete, als Rechte der Minderheiten eingeschränkt wurden und insbesondere die Diskriminierung der Roma ein nahezu unerträgliches Maß erreichte. Dabei ist dies

ebenfalls eine klare Verletzung der europäischen Verträge: »Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören«, heißt es in Artikel 2 des EU-Vertrags. Ausdrücklich werden dort auch Nichtdiskriminierung, Gerechtigkeit und Solidarität zu Grundwerten der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsstaaten erklärt.

Wegen der Verletzung dieser Werte hat die Linke im Europäischen Parlament ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Budapest gefordert und die demokratischen Kräfte in Ungarn

auf vielfältige Weise unterstützt. Es bleibt jedoch das Grundproblem der gegenwärtigen Verfasstheit Europas: Soziale Fragen, Grund- und Bürgerrechte, demokratische Mitsprache und Mitentscheidung werden nicht als zentrale Politikbereiche betrachtet. Im Gegenteil: In der Krise werden sie sogar immer weiter zurückgedrängt, wie gerade das Beispiel Deutschlands und Frankreichs zeigt, die am Europäischen Parlament vorbei Verträge mit nicht abschätzbaren Einschnitten aushandeln. Soll Europa eine Zukunft haben und auch von den Menschen angenommen werden, braucht es wesentliche Veränderungen – in den vertraglichen Grundlagen ebenso wie in der praktischen Politik.



DER FALL UNGARN(S): VIKTOR ORBÁN IN BRÜSSEL

Zwischen den Stühlen

Kurden in Europa: Suche nach Anerkennung.

VON JÜRGEN KLUTE UND HANNA PENZER

Die in Europa lebenden Kurden fordern die Anerkennung ihrer Identität. Wie viel ihnen an dieser Forderung liegt, hat der im Februar stattgefunden »Lange Marsch von Genf nach Straßburg« eindrucksvoll bewiesen.

Die Aktivisten wollten gegenüber den Vereinten Nationen, dem Europäischen Parlament und dem Europarat auf die Missachtung ihrer Rechte im Nahen Osten aufmerksam machen. Doch ihre Forderungen galten auch gegenüber den neuen Heimatländern. Allen voran der Bundesrepublik

und Frankreich. Bleibt zu fragen: Was gehen uns althergebrachte Konflikte jenseits des Bosphorus an?

Viele der in der BRD lebenden Kurden sind seit den 1970ern als sogenannte Gastarbeiter gekommen. Mehr noch sind auf der Suche nach Zuflucht: vor Folter, vor verbrannten Dörfern. Vor dem Verbot ihrer Muttersprache, ihrer Feste, ihrer Musik. Jahrelang herrschte in deutschen Amtsstuben und Klassenzimmern Unwissenheit und Desinteresse gegenüber den »türkischen, syrischen, irakischen und iranischen« Neuankömmlingen und den Geschichten, die sie mit sich trugen.

Statt blanker Unkenntnis regieren heute Vorurteile und Ressentiments. Dem Verfassungsschutz gelten die Vereine, in denen Kurden sich für ihre Belange organisieren, als Brutstätten des »Ausländerextremismus«. Die europäischen Regierungen schätzen die Türkei als Brückenkopf in den Nahen Osten, als Gründungsmitglied der NATO und damit als einen strategisch wertvollen Partner. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die türkische Regierung im August 2009 die Ernennung

des Dänen Rasmussen zum Chef des Militär-Bündnisses nur gegen das Versprechen Dänemarks akzeptierte, ein Verbot des kurdischsprachigen Fernsehsenders »Roj TV« durchzusetzen. Nicht ehrenvoller ist das Agieren deutscher Behörden: Als im Dezember 2011 die Trägerin des Menschenrechtspreises des Europäischen Parlaments Leyla Zana nach München reiste, um dort mit dem Oberbürgermeister über das Zusammenleben zwischen Deutschen und Kurden zu debattieren, nahmen bayerische Behörden ihren Begleiter fest. Auf Grundlage eines fadenscheinigen Auslieferungsbefehls der türkischen Behörden wurde dieser dann bis Ende Januar festgehalten.

All dies sind Signale, die die in Europa lebende kurdischstämmige Bevölkerung frustriert. Signale auch, die jene politischen Kräfte in der Türkei stärken, die auf militärische Eskalation im lodernen Bürgerkrieg zwischen Militär und PKK setzen. Und damit leider auch Signale, dass es der EU offensichtlich nicht besonders ernst ist mit dem Beitritt der Türkei, der ohne Frieden und Demokratie nicht zu haben ist.



TEIL DER KURDISCHEN IDENTITÄT: DAS FRÜHLINGSFEST NEWROZ

Menschen sind keine Backsteine!

Arbeitsmigration inner- und außerhalb der EU

VON THOMAS HÄNDEL UND KAROLA BOGER

Wegen der Wirtschaftskrise ziehen junge, gut ausgebildete Menschen aus Griechenland, Portugal, Spanien um. Sie suchen Arbeit, die ordentlich bezahlt wird. Auch in Deutschland. Unter der Überschrift »Arbeitsmobilität« und »Arbeitnehmerfreizügigkeit« soll Menschen in der EU der Umzug dahin, wo es Arbeit gibt, schmackhaft gemacht werden. In einem Land soll damit die Arbeitslosigkeit abgebaut werden, in einem anderen der Arbeitskräftemangel.

Die Europäische Kommission ist angetreten, die Europäische Union für den »weltweiten Wettbewerb fit zu machen«. Dafür soll der Kampf »um die besten Köpfe der Welt« gewonnen werden. Dazu wird momentan in der EU an zwei Richtlinien gearbeitet, die es Arbeitnehmern aus Drittstaaten erleichtern sollen, für einen bestimmten Zeitraum in der EU zu

arbeiten. Es handelt sich dabei um Saison-Arbeitnehmer, hauptsächlich in der Landwirtschaft und der Hotellerie/Gastronomie, und um Arbeitnehmer im Rahmen einer konzernweiten Entsendung. Für Deutschland bedeutete der Entwurf, dass es nicht nur keine gleichen Arbeitsbedingungen gäbe, sondern in vielen Branchen gar keine Untergrenze mehr existiert. Ohne gesetzliche Mindestlöhne könnten diese Regelungen zu Lohndumping bei den Betroffenen missbraucht werden.

Junge Fachkräfte fühlen sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Der Ansatz der zeitlich befristeten Migration ist zudem oft kontraproduktiv. Bestens ausgebildete junge Menschen sehen sich allzu oft ge-

zwungen, ihre Heimat zu verlassen und dort eine Arbeit aufzunehmen, wo es noch welche gibt. Dort, wo diese gebraucht würden, haben sie schlicht keine Perspektive. Eine Erholung der wirtschaftlich schwächeren Länder wird so weiter erschwert. Diese benötigen langfristige Aufbauhilfen. Flexibilisierung, Schleifung der Sozialversicherungssysteme und die Kürzung von Löhnen und Renten bewirken das Gegenteil, Nachfrage und Wachstum brechen weiter ein, ein Aufschwung rückt in weite Ferne.

Arbeitsmigration wäre auch nicht die erste Lösung gegen den vermeintlichen Fachkräftemangel. Solange in Schulen der Putz von der Decke bröckelt und Studierende in überfüllten Hörsälen vor müden und überarbeiteten Dozenten nur die Hälfte von dem lernen, was eigentlich möglich wäre, solange helfen vor allem Investitionen in Bildung und Infrastruktur, diesen Mangel zu beseitigen.

Wenn gut ausgebildete Menschen aus schwächeren Mitgliedsstaaten oder aus Drittstaaten in der EU Arbeit aufnehmen, kann das nur auf freiwilliger Basis geschehen. Zudem muss der Grundsatz gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz. Für Drittstaatenangehörige ist eine Konzeption der Integration zu entwickeln.

Eine Palette Backsteine kann im Rahmen der europäischen Warenfreiheit von Land A nach Land B verschickt werden. Menschen sind keine Backsteine: Neben Arbeit sind für sie Sprache, kulturelle Identität, familiäre Bindungen, Freunde und Nachbarn wichtig.



europaROT

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen.

Unsere Themen:

- April 2011: Solidarität in Europa und in der Welt
- Juli 2011: Wirtschaftsregierung – sparen, sparen, sparen, bis nichts mehr übrig bleibt
- November 2011: Vom Hunger der Welt



Sie haben eine Ausgabe verpasst? Alle vorherigen Ausgaben von europaROT sowie die aktuelle Ausgabe und weitere Informationen finden Sie hier: einfach diesen Code mit Ihrem Smartphone scannen!

Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen? Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 B 072, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: dielinke.presse@europarl.europa.eu

www.dielinke-europa.eu



Klimaflüchtlinge – größte Flüchtlingsgruppe weltweit

Millionen Menschen werden durch die Klimaerwärmung vertrieben.

**VON SABINE WILS
UND NORBERT MÜLLER**

Sie flüchten vor Überschwemmungen, verlassen Haus und Hof, weil sich die Felder nach jahrelangen Dürreperioden nicht mehr bewirtschaften lassen. Sie sind auf der Suche nach Trinkwasser, Nahrung und Schutz: Über 20 Millionen Menschen sind laut Schätzungen von Greenpeace infolge des Klimawandels auf der Flucht.

Der steigende Meeresspiegel führt nicht nur zu Überschwemmungen, sondern auch zur Versalzung von Böden; Inseln und Küstenregionen sind von dauerhafter Überflutung bedroht; Permafrostböden tauen auf und lassen ganze Landstriche im Schlamm versinken. Kulturland, das seit vielen Generationen besiedelt und bewirtschaftet wurde, bietet keine Lebensgrundlage mehr und wird oftmals zur lebensfeindlichen Wüste.

Der Klimawandel ist als wissenschaftliche Tatsache weitgehend anerkannt, doch für die internationale Gemeinschaft sowie Flüchtlingsorganisationen wie das UN-Flüchtlingskommissariat sind Klimaflüchtlinge weiterhin ein Fremdwort. Auch das deutsche Recht erkennt Klimawandel als Ursache von Migration und als Asylgrund nicht an.

Industriestaaten tragen die Hauptverantwortung für den Klimawandel.

Besonders perfide ist, dass Klimawandel-Migration vor allem ein Problem in den ärmsten Ländern und Regionen der Welt darstellt, obwohl eine der Hauptursachen für den Klimawandel – der exorbitante Treibhausgas-



THAILAND: OBdachlose nach der Überschwemmung 2011

ausstoß – im Wesentlichen von den Industrienationen produziert wird. So trifft der Klimawandel jene, die dafür keine Verantwortung tragen und auf eine Begrenzung der Erderwärmung keinen Einfluss haben. Die Industriestaaten schotten sich gegenüber Flüchtlingen ab. Sie leisten kaum Hilfe für die Klimaflüchtlinge – oder nur plakativ, wenn die Bilder einer großen Umweltkatastrophe, wie eines Tsunamis oder eines Erdbebens, über die Fernsehbildschirme flimmern. Gewaltsame Konflikte um abnehmende fruchtbare Böden und sinkende Wasserressourcen fördern

zudem die Vertreibung von Millionen Menschen. Wahrgenommen werden nur die Bürgerkriegsflüchtlinge, die in großen UN-Camps versorgt werden. Doch die wahren Ursachen der Konflikte werden selten hinterfragt und noch seltener mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht. DIE LINKE. im Europaparlament setzt sich für die Anerkennung des Klimawandels als Ursache von Migration ein. Die Industriestaaten sind verantwortlich für 80 Prozent der historischen Treibhausgasemissionen. Sie tragen die Verantwortung für die wachsende Zahl von Klimaflüchtlingen.

Was macht »Europa« aus?

Solidarität statt nationalistischer Schlammschlacht!

VON LOTHAR BISKY

Die politischen Entscheidungen, die aktuell im Namen der Krisenbekämpfung getroffen werden, sind für die Entwicklung der Europäischen Union existenziell. Es geht nicht nur um Geld, sondern darum, was künftig der Kerngedanke der Europäischen Union sein soll. Wichtige Fragen sind: Sollen die sozialen Errungenschaften der vergangenen 250 Jahre erhalten werden? Werden die sogenannten »freien Märkte«, deren Verfechter Lohndumping, Sozialabbau und gnadenlose Konkurrenzbedingungen einfordern, zum faktischen Souverän in Europa?

In Krisensituationen wie dieser brechen Konflikte auf, die lange überwunden schienen. Sie überraschen die Betroffenen, sie münden in ein unübersichtliches Gegeneinander. Sicher, die öffentliche Zustimmung zur Europäischen Union, das Vertrauen in nationale wie europäische Institutionen sowie die Beziehungen zwischen einzelnen Staaten unterlagen stets Schwankungen. Doch

wenn sich europaweit beinahe täglich Medien, Politiker und Bürger mit nationalistisch anmutenden Diskursen überbieten – gegen »Brüssel«, jene Regierung oder »die Migranten« –, dann ist das keine Kabbeleier unter netten Nachbarn, sondern ein politisches Problem.

Nationalistische Diskurse treiben Keile zwischen Menschen, die durchaus ähnliche Interessen haben. Vielleicht reicht die schützenswerte kulturelle Vielfalt als einigendes Element nicht aus. Auch größere Heterogenität und individuellere Lebensentwürfe der Menschen innerhalb eines jeden Landes haben die Beantwortung der Frage, was die EU im Kern zusammenhält und welche Ziele sie verfolgen sollte, komplizierter gemacht. Es ist Zeit, den Bedarf der Menschen in der Europäischen Union nach gemeinschaftlicher Selbstverständigung nicht mehr als Nebenschauplatz zu betrachten, der irgendwann »nach der Krise« beackert werden kann. Was also könnte Gegenstand,

was könnte Ziel einer gelebten und empfundenen europäischen Gemeinschaft sein? An der Vision des Friedens, wichtigste treibende Kraft der Integrationsbemühungen im 20. Jahrhundert, muss festgehalten werden – denn sie ist längst nicht erfüllt.

Zu den Schlüsselthemen für die Zukunft der europäischen Integration

zählen aber auch Fragen nach der sozialen Sicherheit, nach Gerechtigkeit und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Hat unser linkes Konzept von Solidarität, verstanden als gemeinsames kommunikatives Handeln für ein soziales Europa, somit das Potenzial, die moderne europäische Vision des 21. Jahrhunderts zu werden?



FRIEDEN: TREIBENDE KRAFT DER INTEGRATION!

DIE LINKE. im Europaparlament

Gabi Zimmer

Vorsitzende der
GUE/NGL-Fraktion

Mitglied im Ausschuss für
Entwicklung; Stellvertreterin im
Ausschuss für Beschäftigung
und soziale Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin
für Thüringen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F357
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47101
gabriele.zimmer@europarl.europa.eu
www.gabi-zimmer.de



Thomas Händel

Sprecher der Delegation
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für
Beschäftigung und soziale An-
gelegenheiten; Stellvertreter
im Ausschuss für Wirtschaft und
Währung

**Ansprechpartner für Bayern,
Baden-Württemberg und
Saarland**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F259
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45658
thomas.haendel@europarl.europa.eu
www.thomas-haendel.eu



Lothar Bisky

Stellvertretender Vorsitzender
im Ausschuss für Kultur und
Bildung

**Ansprechpartner
für Berlin
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F 155
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47834
lothar.bisky@europarl.europa.eu
www.lothar-bisky.de



Cornelia Ernst

Mitglied im Ausschuss für bürger-
liche Freiheiten, Justiz und Inneres;
Stellvertreterin im Ausschuss für
regionale Entwicklung; Stellvertre-
terin im Ausschuss für die Rechte
der Frau und die Gleichstellung
der Geschlechter

Ansprechpartnerin für Sachsen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F 154
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47660
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
www.cornelia-ernst.de



Jürgen Klute

Mitglied im Ausschuss für Wirt-
schaft und Währung; Stellvertre-
ter im Haushaltsausschuss

**Ansprechpartner für
Nordrhein-Westfalen und
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F254
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47655
juergen.klute@europarl.europa.eu
www.juergen-klute.eu



Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für
auswärtige Angelegenheiten;
Unterausschuss für Sicherheit
und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F255
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47894
sabine.loesing@europarl.europa.eu
www.sabine-loesing.de



Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für interna-
tionalen Handel; Stellvertreter
im Ausschuss für auswärtige
Angelegenheiten; Ausschuss für
konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für
Mecklenburg-Vorpommern
und Brandenburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F243
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47893
helmut.scholz@europarl.europa.eu
www.helmutscholz.eu

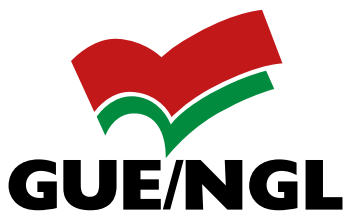


Sabine Wils

Mitglied im Ausschuss für
Umweltfragen; Stellvertreterin im
Ausschuss für Verkehr und Frem-
denverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F247
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47644
sabine.wils@europarl.europa.eu
www.sabine-wils.eu



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT